



Abstimmungsvorlage vom 28.11.2021

Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)

Ausgangslage

Im September 2020 hat das Parlament das Covid-19-Gesetz verabschiedet, um eine gesetzliche Grundlage für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Pandemie zu schaffen. Gegen dieses Gesetz wurde damals das Referendum ergriffen. Das Stimmvolk hat das Gesetz mit 60.2% Ja-Anteil angenommen.

Die Pandemie ist weltweit und auch in der Schweiz noch nicht bewältigt. Weiterhin sind einzelne Wirtschaftsbranchen finanziell betroffen, die Fallzahlen sind im Sommer 2021 wieder gestiegen und die Plätze auf Intensivstationen sind wieder knapp.

Stand Ende August 2021 sind 51.5% der Schweizer Bevölkerung vollständig geimpft. Der Bund äussert sich besorgt zum Impffortschritt und argumentiert, dass eine höhere Impfquote notwendig ist, um eine Überlastung des Gesundheitssystems sowie weitere einschränkende Massnahmen zu vermeiden.

Die Gesetzesrevision

Bei der vorliegenden Gesetzesrevision handelt es sich um die dritte Revisionsrunde. Diese beinhaltet eine erweiterte finanzielle Unterstützung von krisengeschädigten Menschen und Unternehmen mit erweiterten Instrumenten und deutlich mehr Geld (A-Fonds-perdu-Beiträgen). Zudem wird die gesetzliche Grundlage geschaffen für die Impfstoffbeschaffung auch über längere Zeit, sowie für den Impfnachweis (Covid-Zertifikat), welcher Reisefreiheit im Ausland und die Teilnahme an Veranstaltungen ohne Covid-Beschränkungen ermöglicht.

Der Nationalrat (191:13) und der Ständerat (44:0) haben das Gesetz am 19.03.2021 angenommen. Das Gesetz wurde als dringliches Gesetz unmittelbar in Kraft gesetzt und gilt bis am 31.12.2021.

Das Referendum

Noch vor der ersten Abstimmung über das Covid-19-Gesetz vom 13. Juni 2021 wurde ein neues Referendum gegen das Covid-19-Gesetz ergriffen. Diesmal richtet sich dieses gegen die Revision vom 19. März 2021. Bei einem Nein würden entsprechend nur noch die geänderten Artikel wegfallen und nicht mehr das ganze Gesetz.

Das Referendum wurde am 8. Juli 2021 bei der Bundeskanzlei mit weit mehr als den nötigen 50'000 gültigen Unterschriften eingereicht. Hinter dem Referendum stehen die Gruppierungen «Freunde der Verfassung», «Netzwerk Impfscheid» und «Aktionsbündnis der Urkantone» mit Unterstützung der Jungen SVP und der Aktion «Mass-voll».

Das Referendum richtet sich insbesondere gegen das Covid-Zertifikat, welches nach Ansicht des Referendumskomitees eine Diskriminierung von Ungeimpften darstellt. Weiter richtet sich dieses gegen die zusätzlichen Kompetenzen des Bundesrates in der Bekämpfung der Krise und die Kosten zur Bewältigung dieser.

Rechtliche Folgen des Referendums

Gegenstand der Abstimmung ist die Änderung des Covid-19-Gesetzes vom 19. März 2021. Falls das Stimmvolk die Änderung ablehnt, tritt sie am 19. März 2022 ausser Kraft.

Zwischenzeitlich hat das Parlament im Juni bereits die vierte Revision des Covid-19-Gesetzes verabschiedet. Diese Änderungen sind vom Referendum nicht. Dasselbe gilt für Änderungen vor dem 19. März 2021 sowie allfälligen Änderungen in der Herbstsession 2021.

Argumente

Pro Botschaft des Bundesrates	Kontra covidgesetz-nein.ch , Aktionsbündnis der Urkantone , Mass-voll
<ul style="list-style-type: none"> • Wichtige Unterstützung Die Gesetzesrevision enthält wichtige finanzielle Unterstützung für krisengeschädigte Unternehmen, Selbständige und Arbeitnehmende mit zusätzlichem Budget. • Covid-Zertifikat ermöglicht sichere Veranstaltungen Dank dem Covid-Zertifikat können sowohl Menschen mit als auch ohne Impfung sicher an Veranstaltungen teilnehmen. • Gegner haben keine bessere Lösung Eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern ist mit dem aktuellen Impffortschritt nur mit der Zertifikat-Strategie (geimpft, getestet oder genesen) oder erneuten Verboten möglich. Eine temporäre Zertifikatspflicht ist dabei das kleinere Übel als erneute Einschränkungen für alle. • Reisemöglichkeiten Das Covid-Zertifikat ist mit der EU vereinbar. Dank dem Zertifikat ist es SchweizerInnen möglich, im europäischen Ausland sicher und frei zu reisen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Covid-Zertifikat grenzt aus Das Covid-Zertifikat schafft eine Zweiklassengesellschaft von Geimpften und Ungeimpften. Es darf nicht sein, dass Ungeimpfte «beweisen» müssen, dass sie Covid-frei sind, um ein Restaurant oder ein Theater zu besuchen. • Überprüfung ist ein unverhältnismässiger Aufwand für Betriebe Für Restaurants und andere Betriebe stellt die Überprüfung der Zertifikate ein erheblicher Aufwand dar, für das zusätzliche Personal nötig ist. • Auch Geimpfte verbreiten das Virus Wie in anderen Ländern ersichtlich, können auch Geimpfte das Virus weitergeben. Das Zertifikat dient daher einzig der Drangsalierung der Ungeimpften. Zusammen mit kostenpflichtigen Tests kommt dies einer Impfpflicht nahe. • Weitere Massnahmen verhindern Das Referendum erhält den Druck auf den Bundesrat aufrecht sämtliche Massnahmen aufzuheben und keinen weiteren Lockdown zu beschliessen. • Verschleuderung von Steuergeldern Mit den Krisenbeiträgen des Bundes werden unnötig Steuergelder verschleudert. Besser würden die Massnahmen aufgehoben.